

**Das Ende der Ordnung von 1990 und die  
Überdehnungen der liberalen Demokratie**

**Der Westen zwischen geplatzten Träumen und aktuellen Chancen**

Luzern, IWP, 27. August 2025

*Andreas Rödder*

**I. Aufstieg und Fall der Ordnung von 1990**

„Heute wird eine neue Welt geboren, und sie ist sehr anders als die, die wir kannten: Eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts das Recht des Stärkeren ablöst. Eine Welt, in der die Nationen ihre gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der die Starken die Rechte der Schwachen respektieren.“

Als der Kalte Krieg zu Ende ging, klang sogar der vermeintlich visionslose US-Präsident George Bush wie die Evangelische Kirche in Deutschland.

Tatsächlich gab es Grund zu Hoffnung, ja Euphorie: Die Berliner Mauer war gefallen und der Eiserne Vorhang verschwunden. In Südafrika endete die Apartheid, und in Washington reichten sich der israelische Ministerpräsident und der Palästinenserführer die Hände.

Die Staats- und Regierungschefs der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verkündeten mit der „Charta von Paris“ vom November 1990 ein neues „Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“. Integrität und Selbstbestimmung souveräner Staaten, einschließlich des Rechts, „ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen“, das heißt ihre Bündnisse frei zu wählen – das war das Grundgesetz der liberalen Ordnung von 1990 *zwischen* den Staaten.

Damit aber nicht genug, erstreckte sie sich auch auf die Ordnung *innerhalb* der Staaten. Die Charta von Paris verpflichtete ihre Unterzeichner auf die Demokratie als einzig legitimer Regierungsform, auf das Bekenntnis zu Menschenrechten und

Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Pluralismus als inneren Organisationsprinzipien.

Die Ordnung von 1990 beruhte auf westlichen Werten – und auf den westlichen Institutionen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts: der NATO und der Europäischen Union, die in den folgenden Jahren nach Osten ausgedehnt wurden.

Hinzu kam der *Washington Consensus* als wirtschaftliches Ordnungsprinzip: Haushaltskonsolidierung und Währungsstabilität, Wettbewerb und Angebotsorientierung, Liberalisierung der Handelspolitik und Deregulierung von Märkten und Preisen sowie Privatisierungen und Abbau von Subventionen.

Die liberale Ordnung würde sich, so die westliche Erwartung am „Ende der Geschichte“, weltweit verbreiten. Mit Francis Fukuyamas hegelianischem Anspruch, das Ziel der Geschichte zu kennen, bediente sich der Westen im Sieg über den Kommunismus ironischerweise eines marxistischen Werkzeugs – und stand damit vor demselben Dilemma wie der Marxismus: Wenn man den gesetzmäßigen Lauf der Geschichte kennt – kann man ihn dann einfach abwarten, oder müsste man ihm vielleicht doch nachhelfen? Für Kommunisten war das Mittel der Wahl die Revolution. Für den Westen der Demokratieexport und die *promotion of freedom*. „It is the policy of the United States“, proklamierte George W. Bush in seiner zweiten Inaugural Address 2005, „to seek and support the growth of democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world.“

Das war die neokonservative Variante westlicher Hybris nach 1990, die sich nach dem 11. September 2001 mit der Furcht vor weiteren Anschlägen und der Macht verband, alles durchsetzen zu können – so Melvyn P. Lefflers Interpretation der amerikanischen Gründe für den Irak-Krieg von 2003 und den *war on terror*. In der Vorstellung, dass westliche Freiheit und westliche Werte überall willkommen seien, gab Washington die traditionelle Leitlinie, den Status quo im Nahen Osten zu bewahren, zugunsten des *regime change* auf. Das Ergebnis des Krieges waren eine Destabilisierung der Region sowie ein eklatanter Glaubwürdigkeitsverlust der USA und der *liberal order* von 1990 – auch im Innern, wie etwa die Entfremdung von Zeitgenossen wie J. D. Vance zeigt.

Die Ordnung von 1990 war freilich schon 1990 weniger unangefochten gewesen, als es in der Vorstellung vom „Ende der Geschichte“ ausgesehen hatte.

„Ich hoffe, dass von den hier Anwesenden niemand an den Unsinn glaubt, dass eine der Seiten den Sieg im ‚Kalten Krieg‘ davongetragen habe.“ Michail Gorbatschows Äußerung gegenüber George Bush am 31. Mai 1990 war ebenso falsch wie aufschlussreich. Natürlich hatte die Sowjetunion den Kalten Krieg verloren – und das Schlimmste stand aus russischer Perspektive noch erst bevor: die Auflösung der

Sowjetunion, mit der Russland auf die Grenzen von etwa 1650 zurückgeworfen wurde. Das war, was Wladimir Putin 2005 als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete. Und es gibt guten Grund zu der Annahme, dass es vor allem die unverarbeitete Niederlage von 1989/91 ist, die den russischen Revisionismus im 21. Jahrhundert antreibt.

Einen solchen Niedergang zu vermeiden, war die chinesische Führung schon 1989 fest entschlossen, und daher schlug sie die Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit militärischer Gewalt nieder. Peking passte sich aber der liberalen Ordnung strategisch an, von der China in seinem einzigartigen ökonomischen Aufstieg insbesondere nach dem Beitritt zur WTO 2001 erheblich profitierte. Dass die kommunistische Führung den westlichen Universalismus der liberalen Ordnung aber niemals teilte, offenbarte das Dokument Nr. 9 „zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, mit dem Xi Jinping 2012 westlichen Vorstellungen von Demokratie und Zivilgesellschaft, Neoliberalismus und Pressefreiheit den Kampf ansagte.

Stattdessen strebte er die „Erneuerung der chinesischen Nation“ an, die auf die imperiale Vormachtstellung des „Reichs der Mitte“ vor dem Eingreifen westlicher Mächte seit 1839 Bezug nimmt. Und Putin verfolgt russische Großmachtambitionen in der Tradition des Zarenreichs. Beide verfolgen hegemoniale Ordnungsvorstellungen und betreiben eine Revision der liberalen Ordnung von 1990.

Der Westen hat diesen grundlegend angelegten Ordnungskonflikt in der Euphorie über das Ende der Geschichte nicht wahrhaben wollen – und konnte sich das während des „unipolaren Moments“ amerikanischer Dominanz in den 1990er Jahren für einen historischen Moment auch erlauben. Im frühen 21. Jahrhundert aber veränderten Machtverschiebungen und politische Entscheidungen die Szenerie.

Fünf Jahre nach dem zweiten Irakkrieg erschütterte die Weltfinanzkrise von 2008 die Glaubwürdigkeit des westlichen Wirtschaftssystems. Der chinesische Premierminister Wen Jiabao bescheinigte dem Westen ein „nicht nachhaltiges Entwicklungsmodell“, und in Peking wurde die Krise als Zeichen des Abstiegs der westlichen Ordnung gedeutet.

Im selben Jahr 2008 exponierte die NATO auf ihrem Bukarester Gipfel die Ukraine und Georgien in ihrer gefährlichen Grauzone, als sie ihnen den NATO-Beitritt versprach, aber keine konkreten Schritte für den Weg zu diesem Ziel vereinbarte. Im Streit mit Georgien über Unabhängigkeitsbewegungen in Abchasien und Südossetien setzte Russland erstmals militärische Gewalt gegen einen souveränen Staat ein. Und 2014 schnappte die Falle für die Ukraine zu, als Russland in Reaktion auf ukrainische

Bestrebungen, sich mit der EU zu assoziieren, die Krim annektierte und Kampfhandlungen in der Ostukraine begann.

Es war vor allem der syrische Bürgerkrieg, in dem sich die Achse der Revisionisten eines globalen Ostens seit 2015 auch militärisch etablierte. Das Ergebnis ist ein neuer Ost-West-Konflikt, der in den 2020er Jahren mit der russischen Völlinvasion in der Ukraine vollumfänglich erkennbar geworden ist.

Dieser neue Ost-West-Konflikt ist, anders als der erste Kalte Krieg nach 1945, nicht von politischen Ideologien im engeren Sinn getrieben. Er ist diffuser, was die Akteure, die Konfliktgegenstände und die Schauplätze angeht, dadurch aber auch weniger berechenbar und noch explosiver als es die nukleare Abschreckung in der bipolaren Welt war. In diesem Konflikt beansprucht ein revisionistischer globaler Osten hegemoniale Herrschaftsräume, in denen regionale Vormächte über die Souveränität untergeordneter Staaten bestimmen, Russland etwa über die der Ukraine oder China über die Taiwans. Damit fordert er einen globalen Westen heraus, dessen Vorstellung einer regelbasierten internationalen Ordnung auf der Integrität und der Selbstbestimmung souveräner Staaten sowie auf grundlegenden Menschenrechten beruht. Oder nicht? Oder nicht mehr?

## **II. Transformationen der „liberalen Demokratie“**

Im Übergang zum ersten Ost-West-Konflikt, im Februar 1946, schickte der amerikanische Diplomat George F. Kennan ein „langes Telegramm“ aus Moskau nach Washington. Was der Westen in diesem Systemkonflikt brauche, so seine Analyse, sei einerseits Stärke nach außen. Nicht weniger aber auch Stärke von innen: Die „selbstbewusste Umsetzung eines positiven und konstruktiven Leitbildes“ und die „Prosperität und Lebenskraft unserer eigenen Gesellschaft“, so Kennan, seien wichtiger als tausend diplomatische Kommunikés.

Aber wie steht es 2025 mit der Stärke des Westens nach außen? Wie entschlossen ist er, den globalen Osten konsequent abzuschrecken?

Die Europäer haben sich gegenüber Putin während der letzten Jahre eher selbst abgeschreckt. Ohne die USA gäbe es heute keine Ukraine mehr, jedenfalls keine, die sich bis heute behauptet hat. Aber wie viel Ukraine wird es mit den USA unter einem Präsidenten Trump noch geben, der Politik vor allem transaktional und disruptiv betreibt? Werden die USA die Vormacht des Westens bleiben? Ich bin kein Freund von voreiligen, vor allem von herablassenden europäischen Gewissheiten. Aber die

Verlässlichkeit der transatlantischen Allianz ist erheblich erschüttert. Und die „liberale Ordnung“ nicht länger die unhinterfragte Leitvorstellung innerhalb des Westens.

Stattdessen herrscht Verwirrung, allein schon der Begriffe. Westeuropäer werfen Ungarn, Polen und den USA vor, die Werte des Westens zu verlassen, während der amerikanische Vizepräsident J.D. Vance den Europäern auf der Münchener Sicherheitskonferenz Defizite im Hinblick auf Meinungsfreiheit Demokratie attestierte. Die Europäer reagierten empört – und würden wie reagieren, wenn die amerikanische Bundesregierung das Engagement von ‚Omas gegen links‘ gegen die Positionen der Demokraten mit staatlichen Finanzmitteln unterstützen würde?

Statt durch innere Stärke sind die Demokratien des Westens durch Konfusion und Spaltung geprägt. Wie aber konnte es so anders kommen, als 1990 gedacht?

Am Anfang steht die postmoderne Revolution der 1970er und 1980er Jahre. Michel Foucault erhob den Anspruch, grundsätzlich „anders zu denken“, vor allem über Macht. Sie lag nicht in Kanonen und Bataillonen, sondern in Sprache: in Diskursen, Begriffen und Narrativen. Derridas „Es gibt nichts außer Text“ bedeutete, Ordnungsvorstellungen der bürgerlichen Moderne als Sprachspiele zu dekonstruieren: Geschlechter, Nation, Fortschritt, der Westen.

Diese ‚French Theory‘ sickerte innerhalb von gut zwei Jahrzehnten von den Höhenkämmen der universitären Seminare in Paris und Berkeley in die Breite der westlichen Öffentlichkeiten herab. Zunächst aber konkurrierte sie mit einer weiteren Transformation der liberalen Demokratie: dem neoliberalen Paradigma, das ebenfalls auf die 1970er Jahre zurückging und seit den 1980er Jahren hegemonial wurde. Begründet von Milton Friedman und der Chicago School of Economics proklamierte es den Markt als universales, weil rationales und effizientes Ordnungsprinzip für Gesellschaft und Staat. Das Ergebnis waren Ideen wie die unternehmerische Universität mit einem CEO an der Spitze, Studenten als Kunden und im Wettbewerb Drittmittel, selbst wenn es Staatsgelder waren.

Im Gegensatz zum klassischen deutschen Ordoliberalismus (der eigentlich das Namensrecht am „Neoliberalismus“ besaß) setzte dieses marktideologische Paradigma nicht auf Ordnung *für* den Markt durch einen starken regelsetzenden Staat, sondern auf Ordnung *durch* den Markt, in der sich der Staat auf die Steuerung der Geldmenge beschränken sollte. Als der Chefökonom des Internationalen Währungsfonds 2005 angesichts entfesselter Finanzmärkte vorsichtig anmahnte, „vernünftige Aufsichtsmaßnahmen“ zu ergreifen, bezeichnete ihn Larry Summers, der Präsident der Universität Harvard und frühere Finanzminister der Regierung Clinton, als „irregeleiteten marktfeindlichen Maschinenstürmer“.

Keine drei Jahre später offenbarte die Weltfinanzkrise 2008 schlagartig, dass Märkte nicht zwingend rational und effektiv waren, sondern ebenso irrational und explosiv sein konnten. Die Krise erschütterte die Glaubwürdigkeit des neoliberalen Paradigmas, sie bereitete die Rückkehr des interventionistischen Staates – und sie öffnete den Raum für das postmodern-woke Paradigma, das die kulturelle Hegemonie für die 2010er Jahre gewann.

„Kulturelle Hegemonie“, ein Begriff des Marxisten Antonio Gramsci, lässt sich mit Elisabeth Noelle Neumann, der Grande Dame der deutschen Meinungsforschung, als Set von „Meinungen im kontroversen Bereich“ definieren, „die man äußern kann, ohne sich zu isolieren.“

Die „kontroversen Bereiche“, die zentralen Arenen der Auseinandersetzungen um öffentliche Deutungshoheit, sprich: der Kulturkämpfe in den 2010er Jahren, das waren Klima und Energie, Migration und Integration sowie Geschlecht und Sexualität bzw. Diversität.

Und die Isolierung, das andere zentrale Element kultureller Hegemonie, wurde – im Sinne der postmodernen Diskurstheorie – durch Sprachspiele vollzogen: Sprachspiele der Moralisierung. Moralisierung bedient das Bedürfnis nach Reduktion von Komplexität und nach kognitiver Konsonanz. Denn Moral ist nicht verhandelbar, sondern folgt dem dichotomischen Schema gut gegen böse.

2011 legte der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der deutschen Bundesregierung einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ hin zu Klimaschutz und einer gerechten neuen Weltordnung vor. Der Anspruch war nicht weniger als ein „umfassende[r] Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht“ auf einer Stufe mit der Abschaffung der Sklaverei und der Ächtung von Kinderarbeit. Das heißt: Wer Widerspruch äußerte, stellte sich auf eine Stufe mit der Befürwortung von Sklaverei und Kinderarbeit. Und wer mit dem Etikett „Klimaleugner“ belegt wurde, sah sich aus einer Debatte ausgeschlossen, die es ohnehin gar nicht geben konnte. Denn der „demokratiepolitische Clou“, so einer der Autoren, lag in der „Umsetzung objektiver Notwendigkeiten in normative Verhaltensweisen“. Den kontroversen Bereich als nicht einmal kontrovers zu erklären, ist Isolierung *par excellence*.

Analoge Mechanismen griffen im Bereich von Migration und Integration. Kritiker der deutschen Flüchtlingspolitik von 2015 oder der Seenotrettung im Mittelmeer wurden als „rassistisch“ oder „menschenfeindlich“ etikettiert. Und wer die Existenz von zwei Geschlechtern behauptete, wurde zu Beginn der 2020er Jahre eines Akts „transphober“ Gewalt beschuldigt.

Strukturell rassistisch und diskriminierend: Das postmodern-woke Paradigma beruht auf einem negativen Selbstbild der bürgerlich-liberalen Gesellschaft als zerstörerisch und ungerecht. Die Konsequenz liegt darin, diese Gesellschaft und ihre Individuen einzuhegen, zu regulieren und zu erziehen, vom Lieferkettengesetz bis zu einer „geschlechtergerechten Sprache“. Kritik daran wird einer „Meldestelle Antifeminismus“ überstellt, die in Deutschland ebenso staatlich finanziert wird wie andere Trägerorganisationen der Demos „gegen rechts“ – womit inzwischen mehr als die Hälfte der Gesellschaft gemeint ist. Gerade die queer-Bewegung verschob sich von einer Bewegung zur Emanzipation nonkonformen Verhaltens hin zu einem Aktivismus, dem Minderheitenrechte nicht als Schutzanspruch dienen, sondern als Blaupause für einen Umbau der Gesellschaft nach eigenen Normen und Vorstellungen.

Diese Kulturkämpfe der vergangenen Jahre ebenso wie die Rede von J.D. Vance in München zeigen: Deutungskämpfe, Begriffe und Sprachspiele sind nicht Schaum *auf* der Welle. Sie sind die Tiefenströmung *unter* der Welle.

Das gilt auch für neue Kampfbegriffe, die in der öffentlichen Debatte aufgekommen sind, oftmals unmerklich, indem eingeführte Begriffe normativ aufgeladen und umgedeutet wurden: die politische „Mitte“, die „Zivilgesellschaft“ und die „liberale Demokratie“. Damit sind wir bei einer vierten Transformationsform der liberalen Ordnung nach der marktideologisch-neoliberalen, der amerikanisch-neokonservativen und der postmodern-woke: der europäisch-verrechtlichenden.

Die europäische-verrechtlichende Transformation der liberalen Demokratie geht auf den europäischen Integrationsschub mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 und der Vergemeinschaftung von zwei zentralen Politikbereichen zurück: der Währung mit der Europäischen Währungsunion sowie der Grenzen mit dem Schengener Abkommen über Binnenfreizügigkeit und den Dublin-Verordnungen für Asylverfahren. Fragen von Währung und Grenzen standen nun nicht mehr zur nationalen Entscheidung, sondern unterlagen europäischem Recht bzw. europäischen Verordnungen.

Verrechtlichung der Politik aber, so hat der Politikwissenschaftler Philipp Manow deutlich gemacht, führt zur Politisierung des Rechts, genauer: von Justiz und Administration, die sich ihrerseits im Rahmen der „Meinungen im kontroversen Bereich“ bewegen, „die man äußern kann, ohne sich zu isolieren“. Die Europäische Kommission verkörpert das prointegrationalistisch-supranationale Mindset der Europäischen Union. Sie sieht sich durch die Verpflichtung des EU-Vertrags auf Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Verbindung mit Nichtdiskriminierung und Solidarität moralisch legitimiert und folgt der europäischen Version von Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“: der teleologischen Gewissheit einer „immer engeren Union der Völker Europas“. Nicht nur Angela Merkel stilisierte die

Währungsunion zur „Schicksalsgemeinschaft“, um Alternativen zur Euro-Rettungspolitik zu unterbinden, deren entscheidender Spieler schließlich die EZB wurde. Nationale Ansätze der Migrationspolitik prallen auf Verordnungen der EU oder auf die Rechtsprechung von EGMR oder EuGH. Vorgaben des Green Deal oder Nachhaltigkeitsanforderungen für Umwelt, Soziales und Governance (ESG) bestimmen nationale Klimapolitik und Unternehmen.

Währung und Migration, Verfassungsgerichte und Medien, Minderheitenrechte und Diversität – die EU versteht sich als Hüter der „liberalen Demokratie“ im Gegensatz zu einer bloß „elektoralen Demokratie“, wie die in den vergangenen Jahren zunehmend verbreiteten Begriffe lauten. Dabei lohnt sich ein näherer Blick auf die Semantik dieser Terminologie: Während ihre Verwender „elektorale Demokratie“ im abwertenden Sinne als ein System bloßer Wahlen ohne rechtsstaatliche oder sonstige inhaltliche Bindungen verstehen, bedeutet ihr Begriff der „liberalen Demokratie“ keineswegs, was man klassischerweise unter „liberal“ versteht, so der Verfassungsrechtler Frank Schorkopf: „weniger staatliche Intervention und mehr individuelle Freiheit und Selbständigkeit. Liberal bedeutet stattdessen eine ausdifferenzierte staatliche Kontrolle über die Gesellschaft und weitreichende Begrenzung kollektiver Selbstbestimmung durch ein spezifisches Ensemble von Institutionen.“ Man kann auch sagen: die Absicherung eines europäischen Elitenprojekts gegen nationale Mehrheitsentscheidungen. Die Verrechtlichung der liberalen Demokratie führt zu ihrer Entdemokratisierung – und öffnete das Einfallstor für diejenigen, die das Volk gegen die Eliten in Stellung bringen.

In der Tat setzten hier die Gegenbewegungen an, die unter dem unscharfen Begriff „Populismus“ diskutiert werden. Wenn wir den Begriff für einen Moment akzeptieren, so hat sich ein linker Populismus an der Euro-Rettungspolitik (bzw. den damit verbundenen Sparmaßnahmen) entzündet und ein rechter an der europäischen Migrationspolitik mangelnder Zuwanderungskontrolle. Währung und Migration – das waren die zentralen europäisch vergemeinschafteten und damit den nationalen demokratischen Öffentlichkeiten entzogenen Politikbereiche. Zunehmend wird die Europäische Union von ihren Kritikern mit unkontrollierter Migration, dem Verbot des Verbrennermotors oder mit Geschlechterpolitik zugunsten des Regenbogen und gegen die traditionelle Familie verbunden.

Den Gegenentwurf dazu formulierte Giorgia Meloni: „sono una donna, sono una madre, sono Italiana, sono cristiana“ – zwei Geschlechter statt *gender fluidity*, Mutter statt Elternteil eins, Nation statt Weltgesellschaft, tradierte Werte und christliches Europa.

Die populistische Gegenbewegung von rechts ist freilich nicht bei dieser Positionierung innerhalb der bestehenden Ordnung stehen geblieben, sondern darüber hinaus zu einer Fundamentalkritik der „liberalen Demokratie“ übergegangen: „Why Liberalism Failed“,

„A Postliberal Future“ und „Regime Change“, so die Titel der Bücher von Patrick Deneen, der großen Einfluss auf eine politisch-intellektuelle Entwicklung in den USA ausübt, die in Europa weithin kaum rezipiert (und wenn, dann perhorresziert) wird. Dabei ist hier eine politisch-theoretische Dynamik am Werk, die nur mit den neoliberalen und postmodernen Theoriebildungen der 1970er und 80er Jahre vergleichbar ist, aber in kürzerer Frist konkreten politischen Niederschlag findet.

Deneen, Politikwissenschaftler an der katholischen University of Notre Dame in Indiana, setzt einen Hyper-Liberalismus und Hyper-Individualismus entgrenzter individueller Autonomie und bindungsloser Freiheit mit Liberalismus und liberaler Demokratie gleich und artikuliert zugleich Zweifel an der Funktionsfähigkeit der westlichen Demokratie an sich. Damit kontert er die elitäre, linksliberale Kritik an der „elektoralen Demokratie“ und trägt zugleich zur weiteren Begriffsverwirrung um die „liberale Demokratie“ bei – durch ihre linke Überspannung ebenso wie durch ihre rechte Kritik.

„Regime change“ lautet Deneens Devise: eine neue Elite, die dem „common good“ verpflichtet ist, gemeinsamen ethischen Werten wie der traditionellen Ehe und Familie im Gegensatz zur Transgenderideologie oder der Norm queerer Sexualität. Zugleich plädiert er – eher klassisch-staatsinterventionistisch, jedenfalls nicht marktliberal – für einen funktionsfähiger Sozialstaat im Gegensatz zu einem entfesselten Kapitalismus, ebenso wie für Patriotismus statt Kosmopolitismus.

Das sind legitime politische Positionen. Aber wenn Deneen für eine staatlich betriebene öffentliche Moral plädiert, dann ist das Kulturkampf von rechts zur Bekämpfung des Kulturkampfes von links – in der Konsequenz ähnlich autoritär, wie die woke Dominanz es ist. Am Ende steht die Gefahr eines Bürgerkriegs durch autoritäre Versuchungen von links und rechts.

Es ist richtig, Kulturkämpfe nicht zu leugnen, sondern sie anzunehmen und zu führen – aber nicht, um sie zu eskalieren, sondern um sie durch demokratische Auseinandersetzung zu überwinden. Die Lösung liegt nicht darin, eine autoritäre Linke durch eine autoritäre Rechte zu ersetzen – sondern: Pluralismus ernst zu nehmen und sich auf die liberale Demokratie und die bürgerliche Gesellschaft im ursprünglichen Sinne zu besinnen.

### III. Renaissance durch Politik

Die bürgerliche Gesellschaft war ein historischer *game changer*. Erstmals sollten nicht Herkunft oder Stand über die Position der Einzelnen in der Gesellschaft entscheiden, sondern Leistung und freier Wille. Im Vertrauen auf die Kraft des Individuums und gegen alle Kollektivismen von links und rechts hat diese bürgerliche Gesellschaft das sowohl in historischer Perspektive als auch im globalen Vergleich größte Maß an Freiheit und Wohlstand hervorgebracht.

Sie war nie perfekt. Aber sie war immer fähig zu Selbstkritik und Selbstkorrektur, von der Abschaffung der Sklaverei bis zu Schwulenemanzipation. Diese historische Innovations- und Entwicklungskraft ist sowohl linken Verdikten entgegenzuhalten, diese Ordnung sei strukturell diskriminierend und zerstörerisch, als auch rechten Narrativen von Dekadenz und Verfall, zumal sie allesamt keine Alternative anbieten, die mit der offenen, freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft vereinbar wäre.

Nach dem Ende der Ordnung von 1990 ist das Gebot der Stunde nicht die Weltmission, sondern die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie. Ihre Wiederbelebung erfordert die Besinnung auf ihren Wesenskern und den Abbau ihrer Verzerrungen und Überdehnungen.

(1) Die liberale Demokratie zeichnet sich nicht durch staatlich alimentierte Meldestellen gegen Antifeminismus oder das Verbot des Verbrennermotors aus, sondern durch das Mehrheitsprinzip in Verbindung mit dem rechtsstaatlichen Schutz von Minderheiten. Durch das Prinzip des geregelten und friedlichen Regierungswechsels samt echter politischer Alternativen. Und durch eine politische Öffentlichkeit, in der über alles verfassungsrechtlich Zulässige gestritten wird, statt sie durch exklusive Geltungsbehauptungen zu verengen. Die dafür notwendige Toleranz ist immer eine Zumutung, weil sie sich an dem bewahrheitet, was man gerade nicht mag – zu tolerieren, was man ohnehin eigentlich richtig findet, ist nicht tolerant, sondern wohlfeil. Pride-Paraden haben in dieser Öffentlichkeit ebenso ihren Platz wie *Tradwives* und nicht verfassungswidrige populistische Positionen. Ihre öffentliche Repräsentation und politische Integration ist Teil einer erfolgreichen liberalen Demokratie.

(2) In demokratischen Öffentlichkeiten über politische Grundsatzfragen zu streiten, bedeutet: den Primat des Politischen gegenüber einer immer weiteren Verrechtlichung zurückzugewinnen, und das aus zwei Gründen:

Verrechtlichung folgt dem Ideal konsistenter Regelungen nach universalen Prinzipien, wo die Realität voller Uneindeutigkeiten und Widersprüche ist – bestes Beispiel ist der deutsche Abtreibungskompromiss: „rechtswidrig, aber straffrei“, juristisch unlogisch, aber politisch befriedend. Es ist der Verzicht darauf, die Dinge bis an ihr logisches Ende

zu treiben, so Austen Chamberlain 1924 vor dem britischen Unterhaus, der eine friedliche Entwicklung erst möglich macht.

Zweitens führt die Verrechtlichung der Politik zur Entpolitisierung von Politik und zur Politisierung des Rechts – und zu einer Form der „Tyrannei der Mehrheit“ (Alexis de Tocqueville) bzw. der Herrschaft von nicht demokratisch legitimierten Eliten. Die EZB wurde zum entscheidenden politischen Spieler in der Euro-Krise gegen Kritik der Euro-Rettungspolitik, der deutsche Verfassungsschutz macht Politik gegen die AfD, das Klimaurteil des BVerfG („CO<sub>2</sub>-relevanter Freiheitsgebrauch“) bindet künftige Klimapolitik, die Urteile des EGMR und des EuGH machen enge Vorgaben für nationale und europäische Migrationspolitik. Dass sie damit ihre eigene Legitimität als neutrale Instanzen und die Akzeptanz des gesamten Institutionengefüges gefährden, unterstreicht zugleich die Notwendigkeit, die Souveränität demokratischer Politik zurückzugewinnen, auf nationaler und auf europäischer Ebene.

(3) Europa ist mehr als die EU, und es sollte sich als politisches Konzept auf die Gegenstandsbereiche konzentrieren, in denen Europa Mehrwert schafft, in welcher institutionalisierten Form auch immer: bei Verkehrsverbindungen, auf dem Binnenmarkt und in der Handelspolitik oder auch mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Gerade auf diesem Feld hat die Kooperation der großen Nationalstaaten in jüngster Zeit einen erfolgversprechenderen Weg eingeschlagen als die Konzentration auf Brüssel, das nie ein *global player* werden wird.

Die pfadabhängige Methode der schrittweisen Übertragung von immer mehr Souveränitätsrechten auf die europäische Ebene ist funktional immer weiter fortgeschritten, hat aber eine zunehmende Legitimationskrise der europäischen Institutionen heraufbeschworen. Die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz der EU werden daran hängen, ob es gelingt, für die Einzelstaaten relevante politische Entscheidungen an die nationalstaatlichen Demokratien und ihrer gewählten Parlamente rückzubinden und ihnen hinreichend Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse zu lassen.

(4) Auf der Ebene der internationalen Politik hat sich die Mission einer globalen Verbreitung der liberalen Ordnung nicht nur *zwischen* den Staaten, sondern auch *innerhalb* der Staaten als westliche Hybris herausgestellt. Eine verantwortungsvolle Konsequenz daraus liegt nicht in der neuerlichen Akzeptanz eines Rechts des Stärkeren, dessen Überwindung selbst der nüchterne George Bush 1990 so euphorisch begrüßt hatte. Wohl aber auch hier in einem Primat der Politik, in pragmatischem Pluralismus statt dogmatischem Universalismus, in der Konzentration auf die liberale Ordnung im Sinne der Integrität souveräner Staaten *zwischen* den Staaten, nicht aber der Implementierung westlicher Standards *in* anderen Staaten.

Das bedeutet nicht, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen widerspruchslös hinzunehmen. Aber es verweist auf politische Entscheidungen im Einzelfall und humanitäre Interventionen im Ausnahmefall, in dem Bewusstsein, dass es in der internationalen Politik oftmals keine sauberen Lösungen gibt und dass Ambiguitätstoleranz weiter führt als legalistische Eindeutigkeit.

(5) Schließlich müssen die liberalen Demokratien, gerade die vielen in Europa, die vor massiven ungelösten Zukunftsproblemen stehen, eben jene Probleme substanziell und konsequent angehen: Innovationsdynamik durch die Überwindung von Technologiefeindlichkeit gewinnen, Wachstumsfähigkeit und eine nachhaltige, generationengerechte soziale Sicherung durch konsequente Reformen herbeiführen, Staatsausgaben konsequent im Sinne der Zukunftsfähigkeit priorisieren, die Erwartungen einer westlich-europäischen Leit- und Leistungskultur in einem positiven Selbstbild abbilden und eine geopolitische Strategie der Selbstbehauptung Europas verfolgen.

Das alles erfordert ein Denken in langfristigen Bahnen und unkonventionelle, schmerzhaft Entscheidungen, die für Demokratien in ihren durch Wahlen bestimmten Zeithorizonten und mit ihren tagespolitischen Mechanismen schwierig sind. Die historische Perspektive aber hält den Preis bereit, dass historische Größe nicht aus Tagespolitik, sondern aus Staatskunst hervorgeht.

Sie verlangt die Rückgewinnung der Politik, die, wie Helmut Schmidt so treffend sagte, „immer auch ein Kampfsport“ ist: offene und kontroverse Debatten über die wesentlichen Fragen, pragmatische Abwägung und verständigungsorientierte Aushandlung, kraftvolle Führung und nachhaltige Entscheidungen.

Mit einem Wort: Die liberalen Demokratien müssen demokratische POLITIK machen. Dann können sie, mit allen Unebenheiten und Widersprüchen, auch wieder für das stehen, was sie historisch so einzigartig gemacht hat: das größte Maß an Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.